

Der Staat in der Krise – Antikapitalismus und Staatskritik gehören notwendig zusammen

Die Art und Weise, wie der Staat im Zuge der Corona-Krise in den kapitalistischen Produktionsprozess eingreift, lädt zu ideologischen Verklärungen ein. Betrachtet man die Geschichte der deutschen Linken, so ist sie geprägt von vielerlei Illusionen über den bürgerlichen Staat. Allzu oft wurde er als Vehikel für die Emanzipation betrachtet. Und auch heute feiern nicht wenige Linke, dass der Staat endlich wieder durchgreife und sich den ‚Primat der Politik‘ gegenüber dem ‚Primat der Ökonomie‘ zurückerobere. Als wäre die globale Pandemie ein willkommener Anlass, um die Verheerungen des Neoliberalismus auf einen Schlag durch ein links-keynesianisches Programm auszubügeln; die Krise als ‚Chance‘ zur Erneuerung. Gegenüber solchen naiven linken Träumereien soll im Folgenden im Anschluss an Marx und Engels daran erinnert werden, welche wesentlichen Funktionen der bürgerliche Staat für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktionsweise erfüllt. So gesehen geschieht aktuell überhaupt nichts Neues, sondern die übliche kapitalistische Art und Weise der Krisenbewältigung.

Gerade für eine antikapitalistische Linke, die *parteilich* organisiert ist und sich damit inmitten des Widerspruchs bewegt, ist eine begrifflich präzise Staatskritik entscheidend. Hierzu sollen die folgenden Thesen zum Verhältnis von Staat und Kapital dienen:

I.

Die Herrschaft des Kapitals ist nicht gleichbedeutend mit der Herrschaft der Kapitalist*innen. Die wesentliche Erkenntnis der Marxschen *Kritik der politischen Ökonomie* besteht darin, die kapitalistische Gesellschaft als ein *gesetzmäßiges* Ganzes und dadurch wesentlich als eine apersonale Herrschaft zu begreifen, d.h. als System, das sich zwar durch das Handeln der Menschen reproduziert, aber sich dennoch der Kontrolle der einzelnen Akteure entzieht. Sowohl Arbeiter*innen als auch Kapitalist*innen sind Funktionsorgane (‚Charaktermasken‘) der Kapitalverwertung. Zwar *profitieren* die Kapitalist*innen vom System, sie kontrollieren es aber nicht. Letztlich sind auch sie durch die Gesetze der Akkumulation *fremdbestimmt* und *austauschbar*.¹

II.

Analog dazu ist der Staat nicht der „Ausschuss, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisie verwaltet“ (Marx/Engels, *Manifest*), also ein bloßes Instrument oder Werkzeug der Kapitalist*innen, sondern der „ideelle Gesamtkapitalist“ (ebenfalls Engels, der in der Beurteilung des Staates uneindeutig ist) oder: der Staat des Kapitals. Der Staat ist das *notwendige Dritte* zu Arbeit und Kapital, dessen ausgleichende *Vermittlungsinstanz*. Er hat sowohl die Arbeit als auch das Kapital im Sinne des Ganzen zu betreuen. Die ‚Ursünde‘ der Sozialdemokratie besteht darin, exakt diese *integrative* Staatsfunktion affirmiert und den ‚Volksstaat‘ (Lassalle) als Kampfziel ausgerufen zu haben, anstatt die Abschaffung von Kapital und Staat des Kapitals zu forcieren. Die Sozialdemokratie hat das Proletariat in den kapitalistischen Staat integriert, dadurch zwar die materielle Lage der Arbeiter*innen verbessern

¹ Nicht wenige Linke wännen sich schlauer als die Rechten, wenn sie nicht gegen Ausländer*innen und Geflüchtete hetzen, sondern gegen Reiche. Es stimmt zwar, dass sie damit in gewisser Weise näher am Problem der ökonomischen Ausbeutung dran sind, aber sie verkennen eben, dass ‚die Reichen‘ keine wissenschaftliche Kategorie zur Kritik des Kapitalverhältnisses sind. Marx kommt es vor allem auf das Verhältnis von Kapital und Arbeit an, und erst anschließend auf das Verhältnis von Reich und Arm. In der *Kritik der politischen Ökonomie* gelingt ihm der Nachweis, dass beide Seiten bloße Funktionsträger eines Widerspruchs sind, der nur revolutionär durch die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln überwunden werden kann; nicht durch affektive Hetze gegenüber denjenigen, die das Glück haben Kapitalist*in sein zu können. Im Übrigen ist der Kapitalanteil, den einzelne Kapitalist*innen für ihren *individuellen* Konsum verausgaben, Peanuts gegenüber dem ungleich größeren Anteil, der in die gigantischen industriellen Produktionsanlagen investiert ist. Kapital erfüllt seine Funktion nur dann, wenn es *produktiv* konsumiert und dadurch vermehrt wird, eben wenn es Mehrwert abwirft. Ein Grundirrtum linker Kapitalistenkritik (!) ist es, zu glauben, das kapitalistische System sei zur individuellen Schatzbildung der Kapitalist*innen da. (Mit diesem Grundirrtum schlug sich bereits Marx herum; vgl. Marx, *Kapital*, Bd. 1, MEW 23: 614-615, 618) Auf diese Weise wird die wesentlich apersonale Herrschaft doch wieder personell gedeutet.

können, zugleich aber die Kapitalherrschaft auf Dauer – insbesondere auch ideologisch – stabilisiert.² Als Folge des deutschen Faschismus ist das Klassenbewusstsein nach 1945 nachhaltig beschädigt. Die Ideologie der ‚Sozialpartnerschaft‘ beschwört die Kooperation von Arbeit und Kapital zum Wohle der Nation. Wird der Kapitalismus im Postfaschismus dann doch einmal in Frage gestellt, wird er nahezu ausschließlich als *ökonomisches* und nicht zugleich als *politisches* Verhältnis begriffen. Gefordert wird die Wiederherstellung des ‚Primats der Politik‘, so als hätte sich die Ökonomie *unrechtmäßig* in Sphären ausgebreitet, die ihr ‚eigentlich‘ nicht zustünden (Gesundheit, Bildung etc. ‚sollen keine Ware sein‘); was im Umkehrschluss bedeutet, es gäbe eine *rechtmäßige* Sphäre für kapitalistische Warenproduktion (erstaunlicherweise fordert z.B. fast niemand ‚Brot soll keine Ware sein‘).

III.

Der abstrakten Trennung von Politik und Wirtschaft im Alltagsbewusstsein liegt die hartnäckige Illusion zugrunde, der Staat sei eine ‚neutrale Arena‘, die je nach Kräfteverhältnissen, Regierungskoalitionen und dem charakterlichen Profil der Politiker*innen kapitalistisch oder sozialistisch bespielt werden könne. Das grundlegende Missverständnis besteht hierbei in der Verkennung der stets bloß *relativen* Autonomie des Staates gegenüber dem kapitalistischen Verwertungsprozess. Einerseits schafft der Staat Voraussetzungen für die kapitalistische Ökonomie. Dazu gehört maßgeblich, dass er Rechtsnormen setzt und mithilfe seines Gewaltmonopols absichert. Andererseits muss er, um handlungsfähig zu sein, die dafür nötigen finanziellen Mittel eintreiben, in Form von Steuern und Abgaben. Er ist also umgekehrt darauf angewiesen, dass der waren- und geldförmige Reichtum vermehrt wird, oder vereinfacht gesagt: dass das kapitalistische Wirtschaften funktioniert. Entwickelt sich das *dynamische* Verhältnis von Staat und Kapital in Richtung einer weitgehend deregulierten Wirtschaft, antwortet der Reformsozialismus darauf mit der Forderung, die ‚Exzesse‘ des ‚entfesselten‘, ‚finanzmarktgetriebenen‘ Kapitalismus zu stoppen und ihn wieder ‚an die Kette‘ der Regulation zu legen. Hier ist schon rein sprachlich das Einverständnis mit dem Kapitalismus ausgedrückt, solange er eben ‚eingehegt‘ sei. Stumpft der „Stachel des Gewinns“ (Marx, *Kapital* Bd. 1, MEW 23, S. 648) in den Phasen stärkerer Regulation jedoch ab, muss erneut dereguliert werden, um in der Weltmarktkonkurrenz bestehen zu können.³ Der Übergang von einem streng regulierten zu einem massiv deregulierten Kapitalismus und umgekehrt markiert keinen ‚Systemwechsel‘, sondern beides sind Formen des *einen* Kapitalismus, der dazu in der Lage ist, flexible Gestalten anzunehmen.

IV.

In den Extremen des bürgerlichen Bewusstseins erscheint der Staat wahlweise als ‚hegender‘ und ‚pflgender‘ Versorger in Zeiten der Krise – als der große Familienvater, der mal mit strenger Hand regiert, mal die Zügel schleifen lässt – oder als verrottete, durch Lobbyisten okkupierte Instanz, die nicht mehr im Sinne ‚des Volkes‘ handelt und endlich ‚wahre‘ und ‚ehrliche‘ Volksvertreter*innen braucht.⁴ In beiden Fällen wird dem Staat eine Aufgabe und Bestimmung untergeschoben, die er objektiv nicht hat. Dass der Staat dem Antagonismus zwischen Arbeit und Kapital stets aufs Neue eine systemverträgliche Verlaufsform gibt, kommt im falschen Bewusstsein des Staatsvolks so an, als wäre der Staat eine Einrichtung zur Förderung des ‚Allgemeinwohls‘.⁵ Die Sozialstaatsillusion ergibt sich aus dem schlichten Zusammenhang, dass der Staat ja tatsächlich für das Größte sorgt, indem er u.a. den Zusammenbruch der Grundversorgung für die Ärmsten verhindert. Er tut dies aber nicht ‚für die

² „Im Fortgang der kapitalistischen Produktion entwickelt sich eine Arbeiterklasse, die aus Erziehung, Tradition, Gewohnheit die Anforderungen jener Produktionsweise als selbstverständliche Naturgesetze anerkennt. Die Organisation des ausgebildeten kapitalistischen Produktionsprozesses bricht jeden Widerstand.“ (MEW 23: 765)

³ Ein ‚Sachzwang‘, der bevorzugt durch linkssozialdemokratische Parteien umgesetzt wird: siehe Rot-Grün 1998ff., die Sozialist*innen in Frankreich, Syriza in Griechenland, DIE LINKE in den Landesregierungen.

⁴ So richtig die Brandmarkung der Korruptionsskandale einzelner Abgeordneter vom Standpunkt des bürgerlichen Rechts ist, so sehr wäre zugleich zu betonen, dass die parlamentarische Demokratie auch dann die adäquate Form bürgerlicher Herrschaft ist, wenn die Abgeordneten sich ‚vorbildlich‘ verhalten und alles mit rechten Dingen zugeht. Kritik an Herrschaft wird im Parteiengezänk bspw. der Amthor-Debatte tendenziell durch Kritik am austauschbaren Herrschafts*personal* ersetzt.

⁵ Wobei rechte und mehr noch linke Teile des Staatsvolks die ‚1 %‘ der bösen Reichen gerne aus der Allgemeinheit ausklammern und das Allgemeinwohl nur für die 99 % reklamieren. Die Allgemeinheit im umfassenden Sinne kann in einer Klassengesellschaft jedoch gar nicht existieren, sondern ist erst noch zu verwirklichen. Innerhalb des Kapitalismus vom Allgemeinwohl zu reden, hat daher zwangsläufig etwas Ideologisches.

Menschen‘, sondern für den Erhalt des Kapitalismus im Ganzen. Wohlgermerkt: Hierbei kommt es nicht auf die Zwecke an, die sich *einzelne* Politiker*innen setzen – sie mögen dabei von den menschenfreundlichsten Motiven geleitet sein –, sondern auf die Zwecke des kapitalistischen Staates als eines *ideellen Gesamtkapitalisten*, der als solcher keine empirische Realität hat (nicht Merkel ist der ideelle Gesamtkapitalist, auch nicht die Bundesregierung), sondern die Gesamtheit der Gesetzmäßigkeiten und Mechanismen des *Systems* in sich austrägt und den Klassenkampf in institutionalisierte Bahnen lenkt.

V.

Die Staatsfunktionen erstrecken sich über den gesamten Prozess der Akkumulation und lassen sich wie folgt zusammenfassen (kein Anspruch auf Vollständigkeit):

- a) Der Staat des Kapitals garantiert durch sein Gewaltmonopol die *formale* Freiheit und Gleichheit der warentauschenden Rechtssubjekte. Er ist der ‚Hüter der Verträge‘. Ohne den Staat als die vermittelnde Gewalt drohte der permanente Bruch der Verträge zum Eigennutz der Vertragsschließenden (vgl. schon Thomas Hobbes, *Leviathan* 1651). In der Durchsetzung des *allgemeinen Rechts* gegenüber den ständischen Privilegien der Feudalgesellschaft besteht der historische *Fortschritt* des bürgerlichen Staates. Aber: Im bürgerlichen Recht selbst ist die moderne Form der Herrschaft – die Aneignung von Mehrwert – legalisiert. Das Prinzip der Ausbeutung wird unter der Rechtsform unsichtbar.⁶ Deswegen muss vom Standpunkt des Kommunismus das bürgerliche Recht ambivalent bewertet werden. Es ist einerseits gegen das Schlimmere zu verteidigen,⁷ andererseits selbst als Teil des Problems zu kritisieren.
- b) In bestimmten Bereichen und Phasen kann es vom Standpunkt des Gesamtkapitals rational und notwendig sein, die Einzelkapitale in ihrem Verwertungshunger einzuschränken, um das System als Ganzes zu stabilisieren. Hierzu gehören etwa die gesetzliche Festlegung eines Normalarbeitstags (vgl. *Kapital* Bd. 1, MEW 23, Kapitel 8), die Schaffung möglichst gleicher Konkurrenzbedingungen (auch bezogen auf den Weltmarkt), oder sogar punktuelle Verstaatlichungen. Auch ein kurzfristiger gesundheitspolitischer Lockdown zur langfristigen Sicherung der Akkumulation fällt hierunter.
- c) Der Schutz des Eigentums als die *wesentliche* Funktion des bürgerlichen Staates ist auch durch GG Art. 14 Abs. 2 nicht angetastet. ‚Eigentum verpflichtet‘ widerspricht nicht der Institution Eigentum, sondern soll sie im Gegenteil vor ihrer selbsterstörerischen Tendenz innerhalb des Klassenantagonismus schützen. Der viel zitierte Grundgesetzpassus ist also nicht das Einfallstor zum Sozialismus, sondern gerade umgekehrt der faule Klassenkompromiss nach '45, um die Tür zum Sozialismus zuzuschlagen. Das 'Angebot' der 'Väter des Grundgesetzes' besteht darin, den

⁶ Das gezeigt zu haben, ist das große und bis heute gültige Verdienst von Marx. Aneignung von Mehrwert ist dezidiert kein 'Betrug', denn Betrug ist ein Unrecht nach Maßstäben des bürgerlichen Rechts, der Arbeiter willigt per Arbeitsvertrag aber dezidiert in seine Ausbeutung ein (auch wenn ihm das selbst nicht bewusst sein mag). Die Aneignung von Mehrwert geschieht in Übereinstimmung mit dem geltenden Recht, der Kapitalist kann nach dem Kauf der Ware Arbeitskraft zu Recht verlangen, dass die Arbeitskraft ihre wertbildende und produktive Kraft für ihn verausgibt, denn das ist ja ihr spezifischer Gebrauchswert für den Kapitalisten, weshalb er sie überhaupt kauft. Wer sich also gegen die Ausbeutung auf den Standpunkt des bürgerlichen Rechts stellt, verträte mit Marx und Engels gesprochen ein *kleinbürgerliches* Bewusstsein à la Proudhon. Eine solche Kritik kann dann nur noch das ‚zu viel‘ an Ausbeutung (in der Fleischindustrie, in Bangladesch etc.) ins Visier nehmen, nicht aber das Prinzip der Ausbeutung selbst, das an der Oberfläche der Verhältnisse gar nicht erscheint (auch VW-FacharbeiterInnen mit 4 000 € netto werden ausgebeutet, und zwar nicht zu knapp).

⁷ Etwa *außenpolitisch* gegen den wachsenden Einfluss der autoritären Staatsformen Chinas, Russlands, des Iran etc., die mit bürgerlichen Freiheitsrechten nur wenig zu tun haben, *innenpolitisch* gegen die autoritäre Rechte ebenso wie gegen den Islamismus. Das widerspricht der Sympathieverteilung des klassischen Antiimperialismus, der aber exakt dafür zu kritisieren wäre, dass er für Regimes und Weltanschauungen Partei ergreift, die hinter den Stand der bürgerlichen Gesellschaft zurückfallen bzw. diesen noch nie erreicht haben. Insofern also unter ‚Westbindung‘ die Verteidigung aufklärerischer und demokratischer Errungenschaften – und damit immer auch die Bedingungen der Möglichkeit linker Organisation – verstanden wird, ist sie ein strategisches Gebot sozialistischer Politik. Diesbezüglich ist DIE LINKE leider bis heute ein Hort an reaktionären Positionen, von den Amerikahassern über die Putin-Versteher bis hin zu den Kumpanen islamistischen Terrors.

Einzelkapitalen über den Hebel Art. 14, Abs. 2 Zugeständnisse abzutrotzen, mit dem Effekt, dass die Grundlagen der Ausbeutung damit stabilisiert werden. Vom Standpunkt des Gesamtkapitals ist es rational, ‚Exzesse‘ der Einzelkapitale zu zügeln.

- d) Der Staat hat die Instandhaltung von Infrastruktur (Straßen, Schienen, Brücken, Krankenhäuser, öffentliche Gebäude...) zu besorgen und kann über den Hebel der Staatskredite Investitionen anschieben, die für Einzelkapitale oder selbst ganze Branchenkapitale nicht zu stemmen wären. Auch die Finanzierung von teurer Grundlagenforschung, die nicht *unmittelbar* verwertet werden kann, wird von ihm besorgt. Die Relevanz staatlicher Subventionierung zeigt sich aktuell in der Entwicklung eines ‚grünen Kapitalismus‘. Es dürfte auffallen, dass das Kapital wenig Probleme damit hat, dass der Staat hier ganz massiv über Anschubfinanzierungen eingreift und lenkt.
- e) Mit Entwicklung der Weltmarktkonkurrenz ist der Staat bestrebt, durch Freihandelsabkommen und sonstige internationale Verträge für sein nationales Kapital möglichst gute Wettbewerbsbedingungen herauszuholen. Als militärische Macht sichert er die Interessen seines ‚heimischen‘ Kapitals ab und verschafft ihm Zugang zu geostrategisch relevanten Handelswegen, Rohstoffen etc. In der Rüstungsindustrie tritt er zudem selbst als ein bedeutsamer Akteur auf, der unmittelbar Nachfrage schafft.
- f) In Krisenzeiten hat der Staat die Aufgabe, die ins Stocken geratene Akkumulation durch gezielte Eingriffe in den Wirtschaftsprozess möglichst schnell wieder in Gang zu bringen. Dabei ist auch die strenge Regulierung bis hin zur Enteignung von *Einzelkapitalen* absolut systemkonform.
- g) An der Corona-Krise wird nicht zuletzt eine weitere Funktion des Staates deutlich, nämlich die *Volksgesundheit* zu garantieren. Der ‚produktive Kern‘ der Bevölkerung muss intakt bleiben, damit die Akkumulation nicht gefährdet ist. An den Rändern dürfen die Menschen hingegen ruhig wegsterben, sie sind vom Standpunkt des Gesamtkapitals ‚überflüssig‘.

VI.

Gelegentlich wird gegenüber der obigen Aufzählung wesentlicher Funktionen des kapitalistischen Staates eingewandt, dass die Ära der Nationalstaaten sich dem Ende zuneige, die Europäische Union mehr und mehr Kompetenzen übernehme und überhaupt das transnationale Kapital (‚Internetkonzerne‘ wie Google oder Amazon) nicht mehr kontrollierbar sei. Hierbei wird übersehen, dass das Machtzentrum der EU noch immer der *Europäische Rat* ist, der sich für gewöhnlich zweimal im Jahr zu den sogenannten EU-Gipfeln trifft. Es sind die Nationalstaaten, die freiwillig und in eigenem Interesse Kompetenzen abgeben, dies aber jederzeit rückgängig machen können, wenn sie meinen es nütze ihnen nicht mehr (siehe Großbritannien). Die EU ist ein supranationales Projekt der europäischen Eliten, die recht bald nach dem Zweiten Weltkrieg erkannt haben, dass das ökonomische Gewicht Europas in der Welt nur durch Verrechtlichung und Vergemeinschaftung verteidigt werden kann. Maßgeblich bleibt jedoch nach wie vor diejenige Instanz, die qua Gewaltmonopol über die Armee befiehlt, und das ist der je eigenständige, souveräne Nationalstaat. Die ‚Internetkonzerne‘ agieren zwar global, besinnen sich aber rasch auf ihren angestammten nationalen Souverän, wenn es etwa darum geht ihr Eigentum schützen zu lassen. Ein frei flottierendes Kapital, das keinerlei Bindung mehr zu einem staatlichen Souverän hätte, kann es nicht geben. Es wäre maximal angreifbar und könnte jederzeit ‚geschluckt‘ werden, weil es keine Instanz gäbe, die ihm das Eigentum garantierte.

VII.

Ein weiteres grobes Missverständnis besteht über das Verhältnis von Verstaatlichung und Vergesellschaftung. Eine weitgehend in öffentlicher (und damit staatlicher) Hand befindliche allgemeine Infrastruktur (staatliche Eisenbahn, Krankenhäuser, Bildungseinrichtungen, Energieversorgung etc.) widerspricht in keiner Weise dem Kapitalismus, ihre Forderung ist damit auch nicht antikapitalistisch. Die Verstaatlichung von Unternehmen ist nicht identisch mit der Vergesellschaftung von Produktionsmitteln. Bei verstaatlichtem Eigentum ist der private Manager durch den Staatsbeamten ersetzt – für beide gelten die Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Warenproduktion als handlungsleitend (vgl. *Deutsche Bahn* als ‚Vorzeigeunternehmen‘ des Staates). Davon unberührt ist die Einschätzung, dass eine öffentliche Daseinsvorsorge häufig die besseren Bedingungen für die Bürgerinnen und Bürger bietet als eine privatisierte Grundversorgung. Mit emanzipatorischer Aneignung der Produktionsmittel durch die Produzierenden selbst hat das aber nichts zu tun. Einer antikapitalistischen Linken muss es darum gehen, rein systemimmanente Verschiebungen von dem falschen Pathos zu befreien, es handele sich um einen ‚Systemwechsel‘ oder eine

‚Transformation‘ (FFF, B90/Die Grünen, aber auch weite Teile der LINKEN). Die Rede vom ‚Umbau‘ ist da schon ehrlicher, denn beim (sozial-ökologischen) Umbau bleibt das (kapitalistische) Fundament unangetastet.

VIII.

Als antikapitalistisch können dementsgegen nur diejenigen Maßnahmen und Schritte gelten, die *im Horizont einer Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln* in die Wege geleitet werden. Ein erfolgreicher Kampf für höhere Löhne bleibt rein systemimmanent, wenn als Zielsetzung dieses Kampfes exakt der höhere Lohn ausgegeben wurde und nichts weiter. Dagegen wäre selbst ein *nicht* erfolgreicher Kampf für höhere Löhne antikapitalistisch, wenn er mit der Zielsetzung verknüpft wäre, die Kampfbedingungen der Arbeiter*innenklasse auf dem Wege der Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln zu verbessern. Es kommt hier also auf den Inhalt der Zwecksetzung und die Bewusstseinsbildung an. Ziel müssen die Fabriken in Arbeiterhand sein. Die Produzierenden müssen darüber entscheiden, was wann wo wie zu welchem Zweck in welchem Umfang von ihnen produziert wird. Die Redundanz der Botschaft ‚Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln‘ ist unvermeidbar, wenn die politischen Alltagskämpfe nicht im Reformsumpf versinken sollen. Diese Forderung hat also jede politische Kampagne der LINKEN als angestrebtes Fernziel zu begleiten. Tut sie das nicht, ist DIE LINKE nichts weiter als eine schlechte Kopie der früheren Sozialdemokratie bzw. der Grünen. Revolutionäre Theorie und Praxis muss in jedem Kampf für konkrete Verbesserungen den *Zusammenhang zum Ganzen* herstellen und die *Grenzen* des immanent Möglichen aufzeigen. Anstatt den Menschen also das Blaue vom Himmel zu versprechen, solange sie nur DIE LINKE wählen, muss ihnen erklärt werden, warum ihrer Bedürfnisbefriedigung in der bestehenden Gesellschaft enge Grenzen gesetzt sind.

IX.

Das ‚Avantgarde‘- und ‚Kader‘-Konzept des Leninismus/Trozkismus/Gramscianismus ist problematisch, insofern es ein *instrumentelles* Verhältnis zu den Menschen einnimmt und ihnen Wissen vorenthält, für das sie vermeintlich ‚noch nicht reif genug‘ sind. Wenn Emanzipation und Selbstbestimmung das Ziel sind, kann nicht über die Menschen hinweg entschieden werden, ob sie schon ‚weit genug sind‘ für die ganze Wahrheit oder ob es noch geboten ist, sie in ihren Vorurteilen zu bestätigen (‚dort abholen, wo sie stehen‘ – wieso gilt das nicht auch für den Rassisten?). Das straffe Führungskonzept, wie es etwa von Lenin vertreten wurde, ist problematisch, weil es den Menschen nicht offen sagt, worum es gehen soll. Dagegen wäre an die aufklärerische Tradition des Marxismus zu erinnern: Die Menschen sind so anzusprechen, wie sie *sein könnten* (verständlich, wissbegierig, urteils-, kritik- und streitfähig), um genau diese Qualitäten in ihnen hervorzurufen. Ein wesentlicher Aspekt radikaler Aufklärung bleibt deshalb die *Irritation* der verbreiteten Alltagsmeinungen, nicht deren Bestätigung, um ‚anzudocken‘. Ein ‚Linkspopulismus‘ ist ein Widerspruch in sich, weil er die Massen unaufgeklärt lässt, ja sogar mit der mangelnden Aufklärung derselben kalkuliert.

X.

Ein Mangel innerhalb der Bevölkerung besteht aktuell gewiss nicht in Sachen Konzernkritik oder Abneigung gegenüber Reichen – beides ist weitgehend mehrheitsfähig –, sondern in Bezug auf die Einsicht in den Gesamtzusammenhang von Staat und Kapital und seine Gesetzmäßigkeiten. Hätten die Massen Einsicht in die Gesetzmäßigkeiten, ließe sich auch sinnvoller über Taktik und Strategie einer revolutionären Umwälzung sprechen. So indes mangelt es am Elementarsten, wodurch die inflationäre Rede von ‚Systemwechseln‘ zu einer bloßen Simulation von Veränderung gerät. Ausdruck dieses Mangels ist u.a., dass auch unter Linken die Unterscheidung zwischen Verstaatlichung und Vergesellschaftung kaum durchgehalten wird. Die Verheerungen des real existierenden Sozialismus haben jedoch gelehrt, dass nicht die *sozialistische Anwendung* der kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten das Ziel sein kann, sondern einzig und allein deren restlose Abschaffung. Der Parlamentarismus kann dabei als ‚Bühne des Klassenkampfes‘ dienen, als Mittel, um Sand ins Getriebe zu steuern und als Feld der Auseinandersetzung, in der die bürgerlichen Parteien an ihre eigenen Ideale erinnert werden, die sie permanent selbst unterlaufen. Diese Rolle als aufklärerische Kraft und als Störfaktor kann etwa DIE LINKE nur dann ausüben, wenn sie sich auf Fundamentalopposition beschränkt – was keineswegs ausschließt, sich für konkrete Verbesserungen im Hier und jetzt einzusetzen. Regierungstauglich werden heißt jedoch staatstragend werden, beides bedeutet die Preisgabe der eigenen Prinzipien.